

Countdown für Google

Es bleiben noch viele offene Fragen, was den Bau eines Datenzentrums nahe Bissen betrifft

Von Jacques Ganser

Bissen. Das geplante Projekt eines Google-Datenzentrums in der Nähe von Bissen sorgt weiterhin für Diskussionen. Zurzeit läuft in einer ersten Phase die Prozedur zur Umklassierung des 33,7 Hektar großen Geländes. Die Grünzone soll damit zur bebaubaren Spezialzone Datacenter werden. Die betreffenden Umweltprüfungen sind abgeschlossen, die Stellungnahmen der Commission de l'aménagement und des Umweltministeriums liegen der Gemeinde vor und können öffentlich eingesehen werden. Am 20. Juni wollen die Gemeindeverantwortlichen die Umklassierung dann absegnen.

Nur noch Detailfragen

Der Mouvement écologique (Méco) stört sich vor allem an den enormen Mengen an Kühlwasser, die vom künftigen Datenzentrum genutzt werden sollen. Zahlen liegen zwar noch keine vor, laut dem Méco wären allerdings Quantitäten im Größenbereich von zehn Prozent des gesamten luxemburgischen Trinkwasserverbrauchs notwendig.

Laut Méco müssten diese Fragen geklärt werden, bevor das Gelände umklassiert wird. Die weiteren Prozeduren betreffend die Detailplanung des Projekts wären nur noch Kosmetik. „Es geht dann nur noch um den Einsatz bestmöglicher Technologien und andere Auflagen, aber nicht um die prinzipielle Opportunität eines solchen Projekts“, so Méco-Präsidentin Blanche Weber. Auch



Bis 2020 könnten sämtliche Genehmigungen für das Datacenter nahe Bissen vorliegen. Foto: Gerry Huberty

die strategische Umweltprüfung (SUP) zur Umklassierung des Geländes kommt zum Schluss, dass der Wasserverbrauch problematisch sei.

Wortwörtlich heißt es dort: „Hierbei treten große Unsicherheiten auf, da nicht bekannt ist, woher das Wasser bezogen werden soll, wohin es nach Gebrauch abgeleitet werden soll und wie viel davon überhaupt notwendig ist. (...) Hierzu laufen derzeit Studien, sodass unter anderem das Thema Wasser in der sogenannten Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der nachfolgenden Planungsebene des Teilbebauungsplans (PAP) auf technische Aspekte hin untersucht

und bewertet werden kann. Die SUP bietet dafür die Grundlage.“

Wasserverbrauch kommt später

„Die Frage des Wasserverbrauchs stellt sich sehr wohl, doch werden dessen Auswirkungen erst in der Umweltverträglichkeitsprüfung der nachfolgenden Prozedur untersucht. Erst dann werden wir genaue Zahlen betreffend den Wasserverbrauch und die Umweltauswirkungen des eigentlichen Projekts haben“, so Mike Wagner, Mitarbeiter im Umweltministerium. Demnach dürften die Prozeduren betreffend Baulandausweisung nicht mit der eigentlichen Projektgenehmigung verwechselt

werden. Ist das Gelände bis umklassiert und bebaubar, wird Google sein Projekt einreichen. Die Gemeinde Bissen treibt anschließend das PAP-Dossier voran, die staatlichen Instanzen ihrerseits analysieren per Umweltverträglichkeitsprüfung, welchen Impact die Aktivitäten des Betreibers auf die Umwelt haben werden. Dazu gehören zum Beispiel der Umfang der Gebäude, Lärmemissionen sowie Wasser und Energieverbrauch.

Die Resultate der Prüfung werden anschließend auf der Seite umwelt.lu veröffentlicht und können im Zuge der öffentlichen Prozedur während 30 Tagen von den Bürgern eingesehen und gegebe-

nenfalls beanstandet werden. „Bis zu diesem Zeitpunkt wird keine Genehmigung für Google ausgestellt sein, das Ganze verläuft also komplett transparent“, so Wagner.

Das Umweltministerium weist zudem darauf hin, dass hoher Trinkwasser- oder Stromverbrauch kein Kriterium sei, um das Niederlassen eines Unternehmens in Luxemburg per Gesetz zu verbieten. Andererseits wird das Ministerium darauf achten, dass die besten verfügbaren Technologien im Sinne eines effektiven Ressourcenschutzes eingesetzt werden. „Das wird unsere erste Forderung im Zuge der Gespräche sein. Generell sollte darauf geachtet werden, dass sich nur noch möglichst ressourceneffiziente Betriebe in Luxemburg niederlassen“, so Wagner. Ohnehin wird selbst in der SUP davon abgeraten, Trinkwasser als Kühlmittel zu verwenden. Auch der Projektbetreibers strebe dies nicht an, heißt es dort.

Alzette anstatt Attert

Worauf man im Umweltministerium ein besonderes Auge behalten wird, ist die Frage der Abwässer und deren Auswirkungen auf die Gewässer. Hier sind die Umweltregeln klar. Alleine die Erwärmung der Gewässer durch eingeleitetes Kühlwasser könnte die gesamte Flussfauna erheblich stören. Im Umweltbericht wird deswegen von einem Nutzen der Attert als Kühlwasserlieferant abgeraten. Der Fokus der Studien konzentrierte sich deshalb auf die zwei Kilometer vom geplanten Standort entfernte Alzette.